

Teerling Insolvenzverwaltung · Klosterstraße 2 · 49477 Ibbenbüren

Amtsgericht Münster
Herrn Rpfl. Latsch
Gerichtsstraße 2 - 6
48149 Münster

TEERLING

RECHTSANWÄLTE | FACHANWÄLTE

DR. JAN TEERLING

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Insolvenz-
und Sanierungsrecht
Master of Mediation

THORE THOMAS

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Arbeitsrecht



Klosterstraße 2
49477 Ibbenbüren
Tel.: 05451 / 50 22 82-0
Fax: 05451 / 50 22 82-20

Mail: info@ra-teerling.de

Bericht zur ersten Gläubigerversammlung

Insolvenzverfahren
über das Vermögen

Robert Kärst
Buddenkuhle 1
49549 Ladbergen

Amtsgericht Münster
80 IN 50/25

Datum 02.02.2026

A. Allgemeines / Tabellarischer Überblick

I. Allgemeines

Das eröffnete Insolvenzverfahren geht auf folgende Anträge zurück:

- Eigentrag des Schuldners vom 29.09.2025 (inkl. Antrag auf Verfahrenskostenstundung und Restschuldbefreiung), eingehend bei Gericht am 29.09.2025.

Durch Beschluss des Amtsgerichts Münster (Insolvenzgericht) vom 06.10.2025, eingehend bei dem Unterzeichner am 09.10.2025, wurde der Unterzeichnete damit beauftragt, ein Sachverständigengutachten über das Vorliegen von Insolvenzgründen und zur Frage der Verfahrenskostendeckung zu erstellen. Im Rahmen des Gutachtenauftrages konnte festgestellt werden, dass der antragsgegenständliche Betrieb eingestellt war und keine Zwangsvollstreckungsmaßnahmen drohten. Sicherungsmaßnahmen waren somit nicht angezeigt.

Das Gutachten wurde unter dem 17.11.2025 eingereicht und endete mit folgendem Ergebnis in Kurzfassung:

- *Der Schuldner ist zahlungsunfähig.*
- *Die freie Masse beläuft sich voraussichtlich auf ca. 416,89 €. Diese Masse ist rechnerisch nicht kostendeckend.*
- *Grundbesitz im Eigentum des Schuldners wurde nicht bekannt.*

Dem Gericht wird bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen des § 4a InsO der Vorschlag unterbreitet,

dem Schuldner die Kosten des Verfahrens zu stunden und sodann das Insolvenzverfahren zu eröffnen.

Dieser Vorschlag zur Eröffnung des Verfahrens steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass dem Schuldner auf seinen Antrag hin die Kosten des Insolvenzverfahrens gestundet werden.

Dem Schuldner wurden sodann unter dem 20.11.2025 die Verfahrenskosten gestundet und das Verfahren eröffnet.

II. Tabellarischer Überblick

Die allgemeinen rechtlichen Verhältnisse des Schuldners werden nachfolgend in tabellarischer Form aufgezeigt:

1. Allgemeine Angaben

Schuldner: Firma / Rechtsform	Robert Kärst, ehemals Einzelfirma
Familienstand	verheiratet, Barunterhalt
Ladungsfähige Adresse	Buddenkuhle 1, 49549 Ladbergen
Grundbesitz	Nein
Einstellung des Gewerbes	Das Gewerbe wurde im Juli 2024 abgemeldet.
Gegenstand des (ehem.)Unternehmens	Gastronomie La Belle Vida
Beteiligungen	Nein
Geschäftsjahr	01.01. bis 31.12.

Rechnungswesen/Jahresabschlüsse	lagen nicht vor
Rechtsberater	Stefan Westbunk, Hermann-Ehlers-Str. 3, 49082 Osnabrück
Steuerliche Berater	(ehemals) Busch & Ridder Herderstr. 11, 49525 Lengerich
Insolvenzantrag	Eigenantrag des Schuldners vom 29.09.2025 nebst Antrag auf Verfahrenskostenstundung und Restschuldbefreiung
Sicherungsmaßnahmen	Nein
Post-/Telefon-/Telegraphensperre	Nein
Ladungsfähige Anschrift	Buddenkuhle 1, 49549 Ladbergen

2. Verfahrensbeteiligte Institutionen

Finanzamt	Finanzamt Ibbenbüren 327/5139/3656
Berufsgenossenschaft Mitgliedsnummer	BGN, Dynamostr. 7-11, 68165 Mannheim 3074 9835 1291 001
Sozialversicherungsträger Betriebsnummer	AOK NordWest. Die Gesundheitskasse, Friedrichstr. 17-19, 33102 Paderborn Knappschaft Bahn See, Hollstr. 7B, 45127 Essen DAK-Gesundheit, Nagelsweg 27-31, 20097 Hamburg Techniker Krankenkasse, Bramfelder Str. 140, 22305 Hamburg BN: 79746865
Kammern Mitgliedsnummer	IHK Münster 1002649

3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	Der Schuldner ist nicht Eigentümer von Grundstücken. Grundstücksgleiche Rechte wurden nicht bekannt.
--	---

4. Vertragsverhältnisse

Arbeitsverhältnisse	Arbeitsverhältnisse wurden nicht vorgefunden.
Lohn- und Gehaltsrückstände	Bisher nicht bekannt geworden.
Bankverbindungen	Geschäftskonto DE86 4035 1060 0074 8647 52 Privatkonto DE70 4035 1060 0074 6749 20
Darlehnsverträge	Santander Consumer Bank, 9910081853 Swk Bank, 0253645997 Netbank, 8790082680 Avanzia Bank, 240003426976 Sigma Bank, 54393418
Sicherheiten	Nicht bekannt
Leasingverträge	Nicht bekannt
Mietverträge	Kein Mietvertrag. Er wohnt bei seinem Sohn.

B. Wirtschaftliche Verhältnisse**I. Historie/Unternehmerische Betätigung**

Der Schuldner gab an, dass er nach der Sonderschule als Arbeiter im Spezialbau tätig geworden sei. Eine Ausbildung habe er nicht. Er sei jedoch als Baggerfahrer seit Jahren tätig. Von 2003 bis 2008 habe er dann einen Campingplatz betrieben. Dieser sei 2008 von der Firma Regenbogencamp gekauft worden. Nach dem Kauf sei der Schuldner dann dort als Betriebsleiter tätig gewesen. Aufgrund von Verwerfungen sei er im Jahr 2021 wieder als Baggerfahrer tätig geworden.

2023 habe er sich dann mit dem antragsgegenständlichen Restaurant selbständig gemacht. Dieses sei durch seine Frau geleitet worden und habe sich auf einem naheliegenden Campingplatz befunden.

Der Schuldner ist verheiratet. Seine Frau lebt in Spanien. Er leistet Barunterhalt. Weitere Unterhaltspflichten bestehen nicht.

II. Wirtschaftliche Verhältnisse

Buchhaltungsunterlagen wurden nicht vorgefunden. Angaben zu etwaigen Unternehmensergebnissen können daher nicht gemacht werden. Da der Betrieb weit vor Beauftragung eingestellt wurde, sind die seinerzeitigen Zahlen für den hier zu begutachtenden Fall im Jetztzeitpunkt nicht relevant.

III. Betriebswirtschaftliche Gründe der Insolvenz

Zu den Gründen der Insolvenz teilte der Schuldner im Rahmen der Gutachtenerstellung mit, dass der Grund in mangelndem Management und fehlender Kostenkontrolle zu sehen sei. Ebenfalls sei es zu baulichen Schwierigkeiten in der Restauration gekommen. Schließlich habe er sich entschlossen, den Betrieb mangels Rentabilität einzustellen. Die eingegangenen Verbindlichkeiten habe er im Anschluss nicht bedienen können.

C. Tätigkeiten bis zum Berichtstermin**I. Aufträge**

Der Betrieb wurde eingestellt vorgefunden. Aufträge waren nicht abzuwickeln.

II. Zur Betriebsstätte

Eine Betriebsstätte existierte nicht mehr.

III. Sicherungsrechte

Sollte von Gläubigern Aus- und Absonderungsrechte geltend gemacht worden sein, wird über diese bei dem entsprechenden Vermögenswert berichtet.

IV. Arbeitsverhältnisse

Arbeitsverhältnisse konnten nicht vorgefunden werden.

V. Dauerschuldverhältnisse

Bekannte Dauerschuldverhältnisse wurden unmittelbar nach Verfahrenseröffnung entweder gekündigt bzw. es wurde der Nichteintritt gemäß § 103 InsO erklärt.

D. Fortführung des Betriebes

Der antragsgegenständliche Betrieb wurde abgemeldet und eingestellt vorgefunden. Eine Fortführung des Unternehmens scheidet aus.

E. Vorgefundene Vermögenswerte

Grundlage der nachstehenden Ausführungen ist zunächst das dem Gericht vorliegende Gutachten und die dortigen Ausführungen zur Bewertung nach Zerschlagungsgesichtspunkten. Einzelheiten des weiteren Verfahrens wurden ergänzt.

I. Aktiva

1. Anlagevermögen / Grundvermögen

Grundvermögen konnte nicht ermittelt werden.

2. Bewegliches Anlagevermögen

a. Fahrzeuge:

Der Schuldner ist lediglich im Besitz eines Firmenwagens. Fahrzeuge im Eigentum des Schuldners wurde nicht vorgefunden.

b. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Eine Betriebs- oder Geschäftsausstattung wurde nicht vorgefunden.

c. Maschinen und technische Anlagen

Maschinen und technische Anlagen wurden nicht vorgefunden.

d. (Waren-)Vorräte:

(Waren-)Vorräte wurden nicht vorgefunden.

3. Konten / Barkasse

a. Kreissparkasse Steinfurt DE86 4035 1060 0074 8647 52

Es handelt sich um das seinerzeitige Geschäftskonto. Dieses weist einen Sollsaldo aus.

b. Kreissparkasse Steinfurt DE86 4035 1060 0074 6749 20

Es handelt sich um das eigentliche Privatkonto des Schuldners. Es handelt sich um ein P-Konto. Verfahrensrelevante Guthaben wurden nicht bekannt.

c. Barkasse

Eine Barkasse wurde nicht vorgefunden.

4. Forderungen Dritter gegenüber

Forderungen gegenüber Dritten wurden nicht bekannt.

5. Einkommen

Der Schuldner geht aktuell einer abhängigen Beschäftigung nach. Das der Pfändung unterliegende Nettoeinkommen beträgt ca. 2.980,00 €. Die Ehefrau des Schuldners lebt aufgrund ihrer Krankheit in Spanien bei deren erwachsenen Sohn. Es wird Barunterhalt geleistet. Insoweit besteht eine Unterhaltspflicht. Pfändbare Masse in Form von pfändbarem Einkommen steht zur Verfügung und wird von dem Arbeitgeber an die Insolvenzmasse erstattet.

6. Steuererstattungen

Ob und in wie weit mögliche Steuererstattungsansprüche bestehen, wird aktuell geklärt.

7. Anfechtungsansprüche

Anfechtungsansprüche konnten bisher nicht abschließend geprüft werden.

II. Passiva

1. Forderungen im Rang des § 38 InsO

Die Passiva, welche in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen sind, wurden weitestgehend dem Gutachten entnommen.

Weiterhin hatten 12 Gläubiger Pfändungen ausgebracht. Nach dem Hinweis auf die §§ 88, 89 InsO wurden die Pfändungen entweder zurückgenommen oder ruhend gestellt.

Weiterhin haben bis zum heutigen Tage 25 Gläubiger Forderung zu einer Gesamthöhe von ca. 156.385,50 € zur Tabelle angemeldet. Da noch nicht alle Gläubiger ihre Forderungen zur Tabelle angemeldet haben, ist mit weiteren Forderungsanmeldungen zu rechnen.

Es wurde eine Forderung aus unerlaubter Handlung zur Insolvenztabelle angemeldet. Es handelt sich um die Gläubigerin zur laufenden Nummer 10 (AOK NordWest Die Gesundheitskasse). Auf das beigegefügte Verzeichnis der Deliktsforderungen wird Bezug genommen.

Einer Prüfung von Forderungen, welche nach Ablauf der Anmeldefrist angemeldet wurden, wird ausdrücklich widersprochen. Diese Forderungen sollen mit weiteren nachträglichen Anmeldungen in einem gesonderten Termin geprüft werden.

2. Masseverbindlichkeiten

Diese voraussichtlichen Kosten ermitteln sich wie folgt:

Gerichtskosten (§§ 35ff i.V.m. 22 ff GKG; KV lfd. Nr. 2310 und 2320) zum.	205,00 €
Kosten Gutachten (beantragt)	1.358,39 €
Vergütung und Auslagen der vorl. Verwaltung (beantragt)	- €
Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters (geschätzt) Mindestverg.	3.020,00 €
Sonstige Masseverbindlichkeiten (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	1,00 €
Personalkosten nach Eröffnung / Antragstellung	- €
Miete / Pacht	- €
Kosten Kontoführung	120,00 €
Gesamt	4.704,39 €

Bei den sonstigen Masseverbindlichkeiten wurde bezüglich etwaiger Steuerberaterkosten ein Erinnerungswert berücksichtigt.

Personalkosten brauchten nicht berücksichtigt zu werden.

Miete brauchte nicht zurückgestellt werden. Der Schuldner hat eine Meldeadresse und ist nicht Mieter von Räumlichkeiten.

Bezüglich der Kontoführungsgebühren wurden zunächst die Kosten für ein Jahr berücksichtigt.

III. Insolvenzmasseanderkonto

Es wurde ein Insolvenzmasseanderkonto bei der

Kreissparkasse Steinfurt
Kto.-Nr.: DE81 4035 1060 0075 8191 28

eingerrichtet. Der aktuelle Bestand lautet auf 407,70 €. Kontoführungsgebühren sind bereits berücksichtigt.

F. Stand des Verfahrens**I. Verwertungshandlungen**

Wie oben dargelegt, wurden Verwertungshandlungen vorgenommen. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen.

II. Gläubigerausschuss

Nach meiner Einschätzung ist die Einrichtung eines Gläubigerausschusses nicht angezeigt. Entsprechende Anregungen wurden bisher nicht an den Unterzeichner herangetragen.

III. Mögliche Quote, Verfahrensabschluss

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, das bisher mit keiner Quote auf die angemeldeten Forderungen zu rechnen ist. Angaben zu einem Verfahrensabschluss können bisher nicht getroffen werden.

G. Anträge / Beschlüsse im Berichtstermin

Nach Auffassung des Unterzeichneten hat die Gläubigerversammlung über folgendes zu beschließen:

- I. Beibehaltung des bisherigen Insolvenzverwalters / bzw. Wahl eines neuen Insolvenzverwalters
- II. Die Einrichtung eines Gläubigerausschusses ist zum jetzigen Zeitpunkt entbehrlich.
- III. Es wurde ein Insolvenzmasseanderkonto bei der Kreissparkasse Steinfurt zur Kontonummer DE81 4035 1060 0075 8191 28 eingerichtet. Das Guthaben beträgt aktuell 407,70 €.

Das vorstehende Insolvenzmasseanderkonto wird als Hinterlegungsstelle i.S.d. § 149 Abs. 1 InsO bestimmt.

- IV. Es wird vorgeschlagen, jeweils auf Anforderung des Gerichts Zwischenberichte in diesem Verfahren abzugeben. Die Zwischenberichte sollten jeweils in ca. halbjährlichem Abstand erfolgen.



Dr. Jan Teerling
Rechtsanwalt als Insolvenzverwalter